

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
ganzjährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

10. Jahrgang.

Dienstag, 15. Juli 1930.

Nr. 164.

## Antwort an Briand per Flugpost nach Paris abgegangen.

Prag, 14. Juli. Die Antwort der tschechoslowakischen Regierung auf das Memorandum Briands wurde heute mittags dem hiesigen französischen Gesandten überreicht und am Nachmittag mit der Flugpost nach Paris gesandt. Ihr Text wird im Einvernehmen mit der französischen Regierung in den nächsten Tagen publiziert werden.

## Ein Teil der Opposition in der KPW wiedergewählt.

Moskau, 13. Juli. (Tsch.) Das Plenum des vom 16. kommunistischen Parteitag gewählten Zentralkomitees wählte das Politbüro, bestehend aus Stalin, Kaganowitsch, Molotow, Kalinin, Boroschilow, Kirow, Kuibyschew, Rykow, Rudzutal und Kossior. Zu Sekretären des Zentralkomitees wurden Stalin, Kaganowitsch, Molotow, Baumann und Kossior gewählt. Als Generalsekretär wurde Stalin bestätigt.

Moskau, 13. Juli. Der sechzehnte kommunistische Parteitag wurde heute geschlossen. Es wurde ein neues Zentralkomitee, bestehend aus 71 Mitgliedern und 67 Ersatzmitgliedern, gewählt. Unter den Mitgliedern befinden sich Stalin, Kaganowitsch, Molotow, Kalinin, Boroschilow, Rudzutal, Kuibyschew, Mifojan, Kossior, Tscholow, Kirow sowie Rykow, Tomski und Bucharin. Ferner wurde die aus 187 Mitgliedern bestehende Zentralkontrollkommission gewählt. Nach verschiedenen Berichten hielt Kalinin die Schlussrede.

## Stechbrief gegen Papst?

Wien, 14. Juli. (Eigenbericht.) Der Staatsanwalt hat gegen den Major Papst die Einleitung der Voruntersuchung wegen Vergehens nach § 200, das ist Aufreizung und Aufwiegelung, beantragt. Es wird ihm zur Last gelegt, er habe eine Propaganda entfaltet, um Zwietracht in die Gendarmerie und das Heer zu bringen und die Angehörigen der Gendarmerie und des Heeres gegen die Regierungsgewalt aufzuwiegeln. Auf Grund des Antrages der Staatsanwaltschaft ist gegen Papst die Voruntersuchung eingeleitet worden, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob gegen ihn ein Stechbrief erlassen werden wird.

## Getreidemonopol in Oesterreich?

Wien, 14. Juli. (Eigenbericht.) Im Ausschuss, der die Vorlage über den neuen Posttarif berät, wurde heute einstimmig folgender Antrag Dr. Bauers angenommen: „Die Regierung wird aufgefordert, im Nationalrat unverzüglich einen Gesetzentwurf über die Einführung eines staatlichen Getreide- und Weizenhandelsmonopols vorzulegen, welches den heimischen Landwirten das Getreide zu einem stabilen, von den Weltmarktpreisen unabhängigen Uebernahmepreise, der die Herstellungskosten deckt, abzunehmen und den Weizenbedarf durch zollfreie Einfuhr aus dem Ausland zu decken hat.“ Nachdem dieser Antrag angenommen war, stellte plötzlich ein Abgeordneter des Landbundes einen Antrag auf Erhöhung der Schweinezölle, worauf Dr. Bauer darauf verwies, daß dieser Antrag bereits im Ausschuss abgelehnt wurde und daß seine Wiedereinbringung gegen die getroffenen Vereinbarungen verstoße. Die Debatte darüber wurde heute nicht beendet und auf morgen vertagt.

## Italien—Frankreich.

Paris, 14. Juli. (Savas.) Der italienische Botschafter teilte mit, daß Rom mit Befriedigung die französische Note prüfe, derzufolge der Bau neuer Schiffe bis zum Dezember verschoben werden soll. Die italienische Regierung teilte dem französischen Außenministerium mit, daß auch sie bis zu dieser Zeit jeglichen Schiffbau einzustellen gedenkt.

## Polizeiverstärkungen nach Südfrankreich

Paris, 13. Juli. „Matin“ zufolge wurde in den französischen Orten in der Nähe der italienischen Grenze, insbesondere in Mentone, die Gendarmerie durch mobile Abteilungen der republikanischen Garde verstärkt. Das Blatt fügt hinzu, daß es sich um einfache Polizeimaßnahmen handelt, da gewisse Informationen auf die Möglichkeit von Zusammenstößen zwischen italienischen Faschisten und in Südfrankreich ansetzenden Antifaschisten hindeuten.

## Entscheidende Tage für die deutsche Demokratie

Bekundungsvorlagen vor dem Reichstag. — § 48 droht.

Berlin, 14. Juli. (Eigenbericht.) Die Situation in der Reichspolitik hat sich heute noch verschärft. Während die Regierungsparteien den Bekundungsvorschlägen zustimmen wollen und bei ihnen selbst die von der deutschen Volkspartei geforderte Kopfsteuer kaum noch auf ernstlichen Widerstand stößt, beharren die Deutschnationalen offiziell auf ihrer Ablehnung. Der Reichskanzler hofft allerdings, daß etwa 20 Deutschnationalen sich von ihrer Fraktion trennen und für ihn stimmen werden; aber auch damit hätte er noch keine Mehrheit für sein Bekundungsprogramm. Seine weitere Hoffnung, daß die Sozialdemokratie zum Teil Stimmungswendungen über würde, ist vollkommen fehlgeschlagen.

Die sozialdemokratische Fraktion, die morgen zu einer Sitzung zusammentritt, betrachtet die Bekundungsvorlagen und die von der Regierung beabsichtigten Verschlechterungen in der Sozialversicherung als ein Ganzes und wenn sie auch die Sanierung der öffentlichen Finanzen fordert, so kann sie doch unter keinen Umständen einem Abbau der sozialen Leistungen ihre Zustimmung geben. Die Haltung der Sozialdemokratie wird aber im wesentlichen von der Tatsache bestimmt, daß Brüning eine ausgesprochene Rechtspolitik betreibt und bisher noch nicht einmal den Versuch unternommen hat, durch ausreichende Konzessionen zu einer Verständigung mit der Sozialdemokratie zu gelangen. Aus diesem Grunde lehnt die sozialdemokratische Fraktion das Bekundungsprogramm ab. Morgen sollen die im Steuerauschuß ab-

geleiteten Bekundungspläne des Kabinetts in Form eines Initiativantrages im Plenum des Reichstages zur Beratung kommen. Der Reichskanzler will sie mit einer Rede einleiten. Erhält er keine Mehrheit für sie, dann soll die Vorlage auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung auf dem Verordnungswege in Kraft gesetzt werden. Der Reichstag hat dann die Entscheidung darüber, ob diese Maßnahme aufrecht erhalten oder aufgehoben werden soll. Für diesen Fall erwartet der Reichskanzler die Hilfe der Deutschnationalen, weil er annimmt, daß diese ohne weiteres sich für die diktatorische und verfassungswidrige Aufhebung des Artikels 48 der Reichsverfassung erklären würden.

Auf jeden Fall können die nächsten Tage Ereignisse bringen, die für die gesamte Politik des Deutschen Reiches von größter Bedeutung sein würden. Die Sozialdemokratie ist auf alle Möglichkeiten gerüstet und sie wird allen reaktionären Absichten den schärfsten Widerstand entgegen setzen. Sollte die Anwendung des Artikels 48 kommen und sie die nachträgliche Billigung durch die bürgerlichen Parteien finden, ist mit der baldigen Vertagung des Reichstags bis zum Herbst zu rechnen. Die bürgerlichen Parteien scheuen jetzt die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung von Neuwahlen, weil sie davon nichts zu erwarten haben, sondern im Gegenteil schwere Niederlagen zu befürchten haben. Aus diesem Grund erklärt sich auch die reaktionäre Haltung der bürgerlichen Mehrheit.

## Zita agitiert für ihren Sprößling.

Die Erzhertoge sollen ihm Treue schwören.

Budapest, 14. Juli. Das Montagblatt „N Reggel“ berichtet, Erzherzogin Zita habe an sämtliche großjährigen Mitglieder der Familie Habsburg ein Schreiben gerichtet, worin sie aus Anlaß der am 20. November ersolgenden Großjährigkeit Ottos die Unterzeichnung eines Treuebündnisses verlangt. In dem Schreiben heißt es u. a. wörtlich: „Da Seine Majestät Kaiser und König Otto am 20. November großjährig wird und damit die Rechte und Pflichten des Familienoberhauptes des Erzhauses Habsburg übernimmt, bei der aus diesem Anlaß stattfindenden Feierlichkeit jedoch nicht alle Mitglieder des Hauses anwesend sein können, haben alle Mitglieder der Familie beiliegende Lokalitätserklärung eigenhändig zu unterschreiben und an meine Kabinettskanzlei einzusenden.“ Von besonderem Interesse ist die Stelle des

Schreibens, wo es heißt: „Der Unterzeichnete verpflichtet sich mit allen seinen Kräften die zu bewertende Restauration zu unterstützen.“ Bemerkenswert ist, daß das Schreiben in deutscher Sprache verfaßt ist, was in hiesigen Kreisen ziemlich Fremden erweckt hat. Diese Meldung hat in ungarischen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Die Legitimisten erklären, daß es sich, die Nichtigkeit der Meldung vorausgesetzt, um keinen staatsrechtlichen, sondern um einen reinen Familienakt handelt. Die freien Königsanhänger jedoch sehen im Text der Huldigungserklärung und den Gebrauch der Worte „Kaiser und König“ den Beweis dafür, daß man in der Umgebung der Erzherzogin die geplante Restauration nicht ausschließlich auf ungarisch-nationaler, sondern auf rein dynastischer Grundlage durchführen will.

## Ägypten vor der Revolution?

Die Wafd-Partei gegen das absolutistische Regime Fuads.

London, 14. Juli. (Reuter.) Zahlreiche Zeitblätter berichten über die ernste Situation in Ägypten, die durch den Kampf der nationalistischen Wafd-Partei mit König Fuad und dem jetzigen, ohne Parlament herrschenden Kabinett verursacht ist. „Daily Mail“ spricht die Befürchtung aus, daß Ägypten unmittelbar vor einer Revolution stehe. Der diplomatische Korrespondent desblattes schreibt: „Führende ägyptische Nationalisten in London und Kairo sprechen ganz offen von der kommenden Revolution. Sie erörtern die Möglichkeit der Ausrufung einer ägyptischen Republik mit Nafas Pascha als erstem Präsidenten oder die Möglichkeit einer Absetzung des Königs Fuad und die Ausrufung seines Sohnes, des zehnjährigen Prinzen Farouk, zum Könige. In diesem Falle würde die

Regierung von einem natürlich aus Wafd-Mitgliedern bestehenden Regenschattarat geführt werden. Auch „Daily News and Chronicle“ befaßt sich in einem Leitartikel mit der Möglichkeit von Unruhen in Ägypten und sagt, König Fuad habe anscheinend beschlossen, ohne Parlament zu regieren und so gut wie ganz Ägypten herauszufordern. Für den Fall erster Unruhen verlasse der König sich offenbar auf die Hilfe britischer Bojonne. Unter diesen Umständen habe die britische Regierung die Pflicht, dem König unverzüglich zu sagen, daß sie zwar Leben und Eigentum der Ausländer in Ägypten, nicht aber den König selbst vor den Folgen seiner verfassungswidrigen und herausfordernden Handlungsweise schützen werde.

## Einstellung des „bürgerlichen Ungehorsams“?

London, 14. Juli. Einer Meldung der „Times“ aus Simla zufolge soll sich der Führer der gemäßigten Nationalisten J. A. Lax zu Gandhi und den beiden ebenfalls verhafteten Nehrus begeben, um sie zu der Einstellung der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams in Indien zu bewegen.

Simla, 14. Juli. (Reuter.) Die Vertreter aller indischer Minoritäten hielten eine Konferenz ab, von welcher an alle indische Parteien, die bis jetzt ihre Beteiligung an der Konferenz „am runden Tisch“ ablehnen, eine Proklamation gerichtet wurde. Auf der Konferenz wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Kampagne der bürgerlichen Ungehorsamsverweigerung aufhören werde.

## Ein landwirtschaftliches Selbsthilfeprogramm.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß im kommenden Herbst neben den schweren Industriejahren, Betriebs-einschränkungen, Massenentlassungen, Kurzarbeit auch wiederum die Agrarkrise auf die Tagesordnung unserer Innenpolitik kommen wird. Wenn auch keine Anzeichen vorliegen, daß die Agrarparteien aus den Fehlschlägen ihrer Politik lernen und künftig neue Wege zur Ueberwindung der Landwirtschaftskrise einschlagen wollen, so ist es immerhin ein erfreuliches Zeichen der Zeit, daß sich aus den Reihen der praktischen Landwirte die Befürworter einer neuen schöpferischen Agrarpolitik energisch zu Worte melden. Die Vorschläge dieser Männer, die sich von dem blinden Glauben an die alleinseligmachende Staatshilfe losringen und ihren Berufsgenossen den Ausweg der Selbsthilfe predigen, verdienen es, zur Kenntnis der weitesten Öffentlichkeit zu gelangen.

Einer der rührigsten und zähesten Verkünder neuer Krisenbekämpfungsmethoden in der Landwirtschaft ist der Gutbesitzer Alfred F. Rohmanith in Raage (Schlesien). Gestützt auf das erfolgreiche Beispiel einer unter seiner Führung errichteten genossenschaftlichen Kartoffelveredelungsanstalt für die dortigen Gebirgslandwirte führt er seit Monaten in Wort und Schrift einen Propagandafeldzug für die Regionierung der Landwirtschaft. Zuletzt hat er in einer Flug-schrift „Die Regionierung ist unser Programm!“ seine Gedankengänge in der Form eines Gesetzesantrages mit Motivenbericht zusammengefaßt und den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften sowie den landwirtschaftlichen Behörden und Organisationen unterbreitet. Im kritischen Teile dieser Arbeit weist er mit Nachdruck auf die Weltursachen der heutigen Agrarkrise hin. Sie ist kein vorübergehender Depressionszustand, sondern der Ausdruck bedeutender Verschiebungen in der Sphäre des Konsums, die Folge des Verbrauchsrückganges an Zerealien (Brot, Mehl) und der Verbrauchssteigerung an Qualitätsnahrungsmitteln, welche wiederum bedingt sind in der veränderten Arbeits- und Lebensweise der Kulturländer. Diesen Veränderungen dauernder Natur muß die landwirtschaftliche Produktion Rechnung tragen. Dazu bedarf es einer planmäßigen Umstellung. Treffend kennzeichnet der Verfasser die herrschende Desorganisation in der Lebensmittelerzeugung:

„Wir erzeugen in manchem, worin der Konsum (nicht nur bei uns, auf der ganzen Welt) ständig fällt: unbiel (in bestimmten Getreidearten).“

Wir erzeugen von dem, worin der Konsum (nicht nur bei uns, auf der ganzen Welt) ständig steigt: zuwenig (Veredelungsprodukte, Fleisch, Vieh, Fett usw.) und vielfach in einer Qualität, die den Konsum nicht befriedigt.“

Wenn der Käufer uns ganz zweifellos wissen läßt, was er wünscht und wovon er bereit wäre, mehr zu kaufen, dann muß der Erzeuger dieser KonsumEinstellung Rechnung tragen — oder aber er erzeugt, auf gut Glück, was ihm paßt, in der irrümlichen Meinung, man werde ihm das Erzeugte unter allen Umständen bei angemessenen Preisen schon abkaufen. Eine solche Meinung verschloße sich allerdings in den Kriegs- und Nachkriegszeiten Geltung, wo der Konsum unter allen Umständen alles kaufte, weil er froh sein mußte, überhaupt etwas zu kaufen zu bekommen. Vorkommnisse dieser Art gehören einer Vergangenheit an, die — das steht zu hoffen — nie mehr wiederkehren wird.“

Rohmanith folgert daraus, daß es notwendig ist:

1. Die Ueberproduktion in einzelnen Getreidearten zu heben und
  2. der Tendenz des Konsums nach Veredelungsprodukten durch Qualitätsverbesserung zu folgen, ohne die Preise zu erhöhen.
- Als Mittel hierzu schlägt er vor allem die Einschränkung des Getreidebaues in den



### Kampf dem Zwischenhandel!

In Deutschland, wo man sich mit volkswirtschaftlichen Fragen viel systematischer und eingehender als bei uns befaßt, hat man amtlich festgestellt, daß die Verdienste des Zwischenhandels wucherische Ausmaße annehmen, daß sie sowohl die Produzenten wie auch die Konsumenten auf das stärkste ausbeuten. Im vorigen Jahre wurde in der Denkschrift des Reichsernährungsministeriums festgestellt, daß die Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinverbraucherpreis heute noch 50 bis 75 Prozent höher ist als im Jahre 1918.

Während der Handel für 1 Liter Milch frei Bahnstation 18 bis 20 Pf. zahlt, wird die Milch im Kleinhandel nicht unter 30 bis 32 Pf. abgegeben. Bei Obst und Gemüse beträgt der Aufschlag des Kleinhandels auf die Preise des Großhandels nochmals rund 50 Prozent und darüber. Bei den Rindfleischpreisen ist die Spanne zwischen Großhandels- und Ladenfleischpreisen, die vor dem Kriege 14 Prozent betrug, auf über 70 Prozent gestiegen. Bei den Schweinepreisen, die bekanntlich unter großen Preisschwankungen leiden (siehe Schweinefibel), merkt der städtische Verbraucher nichts davon, ob die Erzeugerpreise 10 Mk. oder 15 Mk. je Zentner betragen, ein Aufschlag auf die Preise zu Zeiten fallender Erzeugerpreise wird dem Verbraucher nicht gewährt. Obwohl die Getreidepreise teilweise unter Friedenspreis liegen, merkt man bei dem Brotpreis jedoch hiervon nichts.

Bei der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen wurde eine Statistik in den wichtigsten deutschen Großstädten durchgeführt über Brotpreis, Mehllösten und Bruttoverdienstspanne der Bäcker. Sie zeigt die Notwendigkeit einer scharfen Rationalisierung im Bäckereigewerbe und zwingt dazu, daß die öffentlichen Stellen sich dieses Brotwuchers einmal energisch annehmen. Je Kilogramm Brot betrug die Bruttoverdienstspanne des Bäckers in Breslau 12 Pf., in Dresden 13 Pf., in Berlin 19 Pf., in Essen 19 Pf., in München 22 Pf. und in Köln 25 Pf.

Die jetzigen Brotpreise Deutschlands bauen sich auf Getreidepreisen auf, die 50 bis 80 Mk. je Tonne höher sind als die, die der Landwirt für sein Getreide bekommt.

Nur die Konsumvereine haben in Angleichung an die sinkenden Mehlpreise auch sofort ihren Brotpreis herabgesetzt. Im Durchschnitt der letzten Jahre war zum Beispiel der Brotpreis der Konsum-Genossenschaft Berlin 15 bis 18 Prozent geringer als die Durchschnittsbrotpreise des privaten Berliner Bäckergewerbes.

Wodurch ist die Vergrößerung der Zwischenhandelspanne bedingt?

Zunächst kann man feststellen, daß bei der letzten Berufszählung vor dem Kriege in Preußen auf 10.000 Einwohner 97 Handels- und Gewerbetreibende kamen, wohingegen 1925 es bereits 420 waren. Eine Erscheinung, die man auch in Wien und anderswo beobachten kann. Auch bei uns ist die Zahl der Kleinhändler usw. in der Nachkriegszeit gewaltig gestiegen. Nach Mitteilungen der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ kommt auf 14,4 Haushaltungen, das sind etwa 50 Einwohner, ein Lebensmittelgeschäft. Deswegen ist der Umsatz pro Verteilungsstelle bedeutend kleiner geworden. Es wollen zu viele vom Handel leben, und zwar nach Möglichkeit so gut leben, wie sie es in den Kriegs- und Inflationsjahren gewohnt waren. Es gibt heute in den Großstädten Milchhändler mit einem Tagesumsatz von 60 bis 90 Liter Milch, die davon existieren können. Bei den Konsumvereinen, wo man größere Milchmengen gemeinsam mit anderen Lebensmitteln an die einzelnen Mitglieder verkauft, haben wir einen so geringen Profit pro Liter, daß die Konsumvereine ihre Milch meistens 4 Pf. billiger abgeben können, als der Privathandel.

Warum treten die Landwirte nicht geschlossen in ihre Genossenschaften ein und verbinden dadurch, daß sie in direkte Geschäftsverbindung mit den Verbrauchergenossenschaften treten, den Weg und die Zwischenhandelspanne? Kleinlicher Parteigeist hat mehrfach die den Arbeiterkonsumvereinen angeschlossenen Landwirte gezwungen, ihren Austritt zu vollziehen. Solange Landwirte und Konsumenten die genossenschaftlichen Grundzüge mißachten, kann der wucherische Zwischenhandel nicht erfolgreich bekämpft werden.

### Der Flieger Bassanelli interniert.

Bern, 14. Juli. Der Bundesrat beschäftigte sich heute mit der Angelegenheit des Fliegers Bassanelli, der nach Ueberfliegung Mailands und nach Abwurf von antifaschistischen Schriften im Gottthardgebiet verunglückte. Da die Unterlagen der Untersuchung noch nicht eingetroffen sind, hat der Bundesrat noch keinen Beschluß gefaßt. Bassanelli gilt vorläufig als interniert. Es wird untersucht, ob völkerrechtswidrige Handlungen vorliegen. Der Tessiner Regierungsrat Cattori wird am Dienstag im Bundeshaus über die Ergebnisse der Untersuchung Bericht erstatten.

Bassanelli gehand. über Mailand antifaschistische Flugchriften abgeworfen zu haben. Von Paris nach der Schweiz begleitete ihn der ehemalige französische Militärpilot Brabant, der in Paris eine flugtechnische Revue herausgibt. An dem Fluge über Mailand habe sich jedoch Brabant nicht beteiligt. Brabant behauptet, von den Absichten seines Gefährten nichts gewußt zu haben. Er wird über die ganze Angelegenheit dem französischen Ministerium für Flugwesen einen Bericht erstatten, der dann an das Außenministerium weitergeleitet wird.

## Bestialitäten der serbischen Polizei.

### Ein Appell kroatischer Frauen.

(P. S.) Kroatische Frauen haben an die Internationale Frauenvereinigung, die letzten in Wien tagte, eine Denkschrift gerichtet, in der wegen der Greuelstaten, die von der serbischen Polizei in Kragan an den verhafteten Kroaten verübt wurden, um von diesen „Gesandnisse“ zu erpressen, Anklage erhoben wird. „Diese Greuelstaten“, heißt es in der Denkschrift, „sind derart, wie sie in der Geschichte der Kulturenationen seit Jahrhunderten nicht mehr vorkommen.“

Den politischen Häftlingen wurden die Hände und Hände in schwere Ketten gelegt, hierauf die Hände an den Rücken gebunden und der Kopf mit Faustschlägen bearbeitet, bis Blut aus Nase und Mund rann. Die entblöhten Fehen wurden mit schweren Stiefeln getreten und der ganze Körper mit Fußtritt und Faustschlägen behandelt, wobei auch die empfindlichsten Körperstellen nicht gespart wurden. Die so Gequälten wurden dann zu Boden geworfen und die auf den Rücken gebundenen Hände durch Stricke mit den Beinen verbunden, worauf die nackten Fußsohlen solange mit Ochsenzimmern geschlagen wurden, bis wieder Blut austrat. Als Verschärfung wurde einzelnen der so Gequälten und Gefesselten zwischen den miteinander verbundenen Händen und Füßen ein Gewehr oder Stod durchgesteckt und die Gemarterten derart zwischen zwei Stühlen frei aufgehängt und in dieser Lage abermals so lange geschlagen, bis sie das Bewußtsein verloren. Andere wieder wurden mit den gefesselten Händen an Masten gehängt, in dieser Lage geschlagen und dann stundenlang hängen gelassen. Damit man außerhalb des Gefängnisses die Beh- und Silberuse der Gemarterten nicht höre, verband man ihre Köpfe mit nassen Fellen oder Militärmänteln und läßt noch außerdem Grammophon spielen, um das Jammern zu überhören.

Die Anklageschrift der kroatischen Frauen führt dann die aus den Berichten über den Belgrader Prozeß bereits bekannten einzelnen Fälle an und sagt weiter: „Um zu beweisen, daß solche

Greuelstaten gegen Kroaten nicht nur in Kragan, sondern auch in der Provinz der übrigen kroatischen Länder verübt werden, also ein System des diktatorischen Regimes sind, dienen nachstehend einige Beispiele:

Pavao Mrganov wurde im Juni 1929 während des Verhörs so verprügelt, daß er drei Tage nachher in der Zelle starb. Der Tod trat nachmittags ein; seine Leiche aber wurde in derselben Zelle bis in die Nacht liegen gelassen. Am Mitternacht löschte man alle Lichter im Polizeigebäude aus und warf Mrganovs Leiche durch das Fenster in den Hof, um Selbstmord vorzutäuschen.

Ende August 1929 wurde im Polizeiarrest in Džijel ein Arbeiter namens Pant gefoltert. Als er an diesen Verletzungen im Arrest starb, wurde im Polizeiberichte gemeldet, daß Pant am 29. August 1929 durch einen Fenstersturz „Selbstmord begangen“ habe.

Im April 1929 teilte die Zagreber Polizei in einer amtlichen Rundgebung mit, daß an der österreichischen Grenze die politisch Arretierten Professor Djakovic und Privatbeamter Hecimovic im Moment, als sie sich während einer polizeilichen Amtshandlung am angeblichen Totort in der Richtung der österreichischen Grenze zur Flucht wandten, durch die Zagreber Polizeiorgane erschossen wurden. Auf Verlangen der Familien der Ermordeten wurde einige Wochen später an Hecimovic und Djakovic die gerichtliche Obduktion durchgeführt. Bei dieser Obduktion wurde am 7. Mai 1929 durch die ärztlichen Gerichtsachverständigen des Kreisgerichtes Maribor festgestellt, daß an den Ermordeten noch vor dem Tode schwere Mißhandlungen verübt wurden und daß dieselben nicht auf der Flucht erschossen wurden, sondern von vorne und aus unmittelbarer Nähe.

„Diese Bestialitäten und Greuelstaten“, heißt es am Schluß der Denkschrift, „müssen alle empören, die Gefühl für Humanität haben und sich selbst als Menschen fühlen, uns kroatische Frauen, Mütter, Schwestern und Verlobte treiben sie aber zur Verzweiflung.“

### Spaß muß sein!

#### Etwas über den wahren Sozialismus.

Noch immer im Zusammenhang mit den verzögerten Sachverwaltungen, die den nationalsozialistischen Uebervindern des Marxismus lediglich als erfolgreichen Konkurrenten der bürgerlichen Parteien gezeigt und um die Sympathien eben dieser gebracht haben, veröffentlicht die nationalsozialistische Presse einen Artikel, aus dem hervorgeht, daß der Hitlerismus trotz allem doch eine antimarxistische, verächtlich faschistische Bewegung sei. Aus diesem Artikel sei, zur Erheiterung der Gemüter, ein größeres Zitat zitiert:

„Das Lebenselement der nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist der Kampf gegen den Marxismus. Die nationalsozialistischen Führer predigen ihn seit dem ersten Tag ihres Wirkens in der politischen Öffentlichkeit. Wir dürfen den Kampf nicht früher einstellen, bis er entschieden, d. h. bis der Marxismus aus dem Organismus unseres Volkes entfernt ist. Wir Nationalsozialisten hassen und verabscheuen den Marxismus wie die Pest, weil er direkt zu dem Zwecke erfinden zu sein scheint, um das deutsche Volk, das Edelvolk der Erde, zu zerkleinern. Er verneint den heidnischen Geist, rüttelt an den Grundlagen der Familie, verspottet den Sinn für wahre Religiosität und hebt, im Gewande extremer Freundschaft für bestimmte Schichten der Bevölkerung, Stadt und Land und die einzelnen Berufskände gegeneinander. Das Ergebnis dieser kulturfeindlichen und gesellschaftsantwärtigen Tätigkeit hat mit dem Begriff des Sozialismus, den die meist volksfremden (jüdischen) Wortführer der marxistischen Geistesrichtung zu verkörpern vorgeben, nicht das Allermindeste zu tun. Man braucht nur an Friedrich den Großen, den Reichsfürstern von Stein, an Bismarck usw. zu erinnern, an Männer also, die dem Grade ihres Wirkens nach Sozialisten waren, zum Teil auch öffentlich ausgesprochen, daß sie Sozialisten sein wollten, um die absolute Nichtigkeit der oben aufgestellten Behauptung zu erkennen. Der Marxismus perst die Nation, löst sie in kleine und kleinste, einander während bekämpfende Bestandteile auf und liefert schließlich, zumal er den Wehrwillen nach außen planmäßig ertötet, das ganze Volk den imperialistischen und kapitalistischen Gewalten des Auslandes und ihren inländischen emissären aus willkommener und jeder Widerstandsfähigkeit beraubtes Ausbeutungsobjekt aus. **Marxismus ist also, auf eine ganz knappe Formel gebracht, konzentrierter und perpetueller Völk- und Vaterlandsverrat.** Sozialismus, der nichts anderes als ausgeprägter Sinn für die Wohlfahrt der Gesamtheit, für die Ehre, Macht und Größe der Nation darstellt, und Marxismus sind in Wahrheit die denkbar schroffsten Gegensätze. **Wir Nationalsozialisten dürfen nicht müde werden, diesen Sachverhalt immer und immer wieder klarzustellen und unseren Volksgenossen ins Bewußtsein zu hämmern, daß es außer uns keine Sozialisten gibt.**“

Hier ist so ziemlich alles zusammengetragen, was von grünen, schwarzen und gelben Agitatoren im Laufe einiger Jahrzehnte an Unsinn über den Sozialismus zusammengeschwätzt wurde. Da man könnte sagen, daß der ganze Kofel schon vor

mehr als 80 Jahren mit den satirischen Worten erledigt wurde, die Marx und Engels im kommunistischen Manifest dem „deutschen“ oder „wahren“ Sozialismus widmeten.

Die Krebs und Karg sind ja nicht gerade Kenner des Marxismus und was sie uns als nationaler „Sozialismus“ vorstellten, erregte meist auch nur Heiterkeit. Aber was sie da aus ihren reichsdeutschen Bruderblättern abdrucken, muß selbst ihnen als vollendeter Stumpfhirn erscheinen.

### Die „Reichskonferenz“ der leninistischen Opposition der KPD.

Zontag, den 13. Juli, fand im Vidovy dalm in Mische die 11. und höchstwahrscheinlich letzte Reichskonferenz der leninistischen Opposition der KPD, unter dem Vorsitz Munas statt. — Brandler-Berlin war für die KPD, Opposition erschienen und erklärte u. a., daß die Leute, die jetzt von der Opposition weggehen, dieselbe ärger bekämpfen werden, als die Sozialdemokraten. Dann hielt Berger ein Referat, das im Sinne der von ihm vorgelegten Resolution sich scharf gegen die Brünnner und die Sozialdemokratie richtete. Mit den Brünnnern werden alle Verbindungen abgebrochen. — In der Debatte hielten dann die beiden Krankensassen-beamteten Zaska und Rhyal aus Wittingan Reden, die von persönlichen Verdächtigungen und Beschimpfungen derjenigen, die sich mit Brünn solidarisierten, strotzten. Burian und Schramel (Nuffig) sprachen im Sinne der Vereinigung der Arbeiterschaft, Keurath und Seidl (Gablony) sprachen gegen die Sozialdemokratie, erstere erklärte, daß im „Vorwärts“ ein Aufruf zu einer Werberaktion erscheinen werde, weil derselbe in ein oppositionelles Blatt umgewandelt werden soll. Wenn die Aktion nicht gelingt, werde der „Vorwärts“ als Wochenblatt erscheinen. Böll (Aich) war das Tempo der gewerkschaftlichen Vereinigung zu schnell. Gegen den KPD sprach u. a. Faltyn aus Esian.

An der Konferenz beteiligten sich 53 Personen, denen man allen ohne Unterschied, ob sie Delegierte waren oder nicht, Zutrittrecht zuerteilte. Auf der I. Reichskonferenz vor einem Jahre in Klado waren 169 Delegierte anwesend gewesen. Diesmal also nicht einmal ein Drittel davon, weil die Vertreter des KPD und der Brünnner Opposition nicht mehr erschienen waren. Bei der Abstimmung über die Resolution waren nur mehr 30 Leute anwesend, da alle, die mit der Resolution nicht einverstanden waren, die Konferenz bereits verlassen hatten. Aus dem ganzen deutschen Gebiet waren überhaupt nur drei Delegierte gekommen, und zwar je einer aus Aich, Gablony und Kragan. Die Resolution wurde dann „einstimmig“ bei einer Enthaltung angenommen. — Dann wurden noch für die ausgedehnte Nefelgruppe und für Bierer Ergänzungswahlen in den Reichsausschuß vorgenommen. — Auch die Leute, die zum Polbüro zurück-

wollen, z. B. die aus Peggburg und Nilsoburg, waren nicht mehr auf der Konferenz vertreten, die höchstwahrscheinlich bereits die letzte dieser Gruppe war. Diejenigen, die sich mit der Brünnner Opposition solidarisierten, werden sich an der Konferenz am 10. August in Brünn beteiligen.

### Sozialismus — Mittel zum Zweck.

Im Deutschen Reich draußen betonen die Salenkrenzler demonstrativer als unsere heimischen ihre „sozialistische“ Ueberzeugung. Sie wissen, daß in der heutigen Zeit die kapitalistische Parteimark nicht mehr zieht und drapieren sich deshalb der Agitation halber mit sozialistischen „Ableidungsstücken“.

Anlässlich des Krachs, der zwischen den nationalsozialistischen Gruppen Berlin tobt, kommt diesbezüglich allerhand Erbauliches zum Vorschein. Unter den Oppositionellen befindet sich auch der Major Buchruder, Leiter der Schwarzen Reichswehr und Organisator des Kärntner Putches von 1923, ferner der Leiter der nationalsozialistischen Führerschule Wilhelm Korn.

Dieser veröffentlicht in Straßers „Nationalen Sozialist“ eine Erklärung, die besonders deshalb Interesse verdient, weil sie die wirkliche Einstellung des Nationalsozialismus zu dem für die zweite Hälfte ihres Firmennamens mißbrauchten Sozialismus schlagartig beleuchtet. Korn schreibt nämlich:

„Unter ungeheurer seelischer Belastung hat die Parteigenossenschaft die gegen den „Nationalen Sozialist“ gerichteten Kampfmaßnahmen als gegen die Sozialisten in der Partei gerichtet empfunden. Aus diesem Grunde wurde Herr Dr. Goebbels bereits vor 5 Wochen von einem Funktionär des Gaues Berlin, den eine Reihe Parteigenossen darum gebeten hatten, um Aufklärung über den Kampf gegen den „N. S.“ gebeten und ihm in dieser Unterredung die konkrete Frage vorgelegt: „Wie stehen Sie zum Sozialismus?“ Herr Dr. Goebbels antwortete: „Der Sozialismus ist für uns Mittel zum Zweck!“

Korn spricht dann weiter von einer „Sozialistenverfolgung innerhalb der NSDAP.“ Und zwar mit Zustimmung des gottsoberlichen Führers Adolf Hitler. Damit wird diese Sozialistenverfolgung zum Parteikurs der Salenkrenzler gemacht. Unsere Auffassung, daß die Nationalsozialisten mit wahren Sozialismus nichts zu tun haben und denselben lediglich für ihre Parteizwecke mißbrauchen, wird aufs neue bestätigt.

Herr Abg. Krebs hat dieser Tage erklärt, die nationalsozialistische Bewegung sei nichts anderes, als das Wiedererwachen „wahrhaft deutschen Wesens“, das sich in der nationalsozialistischen Partei seine Kampfswaffe schmiedet. In ihr wächst die deutsche Volksgemeinschaft der Zukunft, die getragen ist von dem Grundgedanken „Für Volkstum, Freiheit und soziale Gerechtigkeit!“ Das „wahrhaft deutsche Wesen“ hat mit Sozialismus wahrhaftig nichts zu tun. Die Kapitalisten, insbesondere die arischen Kapitalisten, können ruhig schlafen.

### Kommunistische Reklame.

In allen Betrieben und „Peripherieorganisationen“ sollen nach der „Internationale“ jetzt die letzten Vorbereitungen zur Entsendung von besonders vertrauenswürdigen Personen in die Sowjetunion getroffen werden, um nachher über das dort Gedachte Bericht zu erstatten. Erfahrungsgemäß werden diese Delegierten in Russland glänzend bewirtet und ihnen nur das Beste gezeigt. Von den wahren Zuständen merken sie deshalb nicht viel.

Immer wieder kommen Berichte über schlechte Verhältnisse in der Sowjetunion. Unter der Ueberschrift „Rebellion amerikanischer Techniker gegen die Lebensmittel in der Sowjetunion“ brachte die New Yorker „Times“ kürzlich mehrere Depeschen ihres Moskauer Berichterstatters Walter Duranty. Danach hat eine Gruppe amerikanischer Mechaniker die Arbeit verlassen mit der Begründung: „Man kann nicht verlangen, daß wir arbeiten sollen, wenn wir zwei Monate hindurch uns von Tee, faurem Schwarzbrot, schlechtem Käse und gelegentlichen Zuppen aus gestorenen Kartoffeln mit rümenharten Stücken Fleisch ernähren müssen.“ Dazu bemerkt Duranty: „Das ist keine Uebertreibung der hiesigen Verhältnisse. Mit Ausnahme der großen Städte und der Mittelpunkt des Touristenverkehrs sind die Ernährungsverhältnisse in diesem Lande meistenteils hart.“ Herr Duranty ist in Amerika als sehr sozialfreundlicher Berichterstatter bekannt; er wandte sich des öfteren gegen die angeblich übertriebenen Gerüchte bezüglich der Lebensmittelmangel. Aber auch er muß auf die „feststehende Tatsache“ verweisen, daß die russische Bevölkerung in den kommenden Monaten keine Aussicht auf die Belieferung mit Fleisch und Fetten habe, falls die Ernte nicht demnach glänzend ausfallen werde, daß durch die Getreideausfuhr die Fleisch- und Fettzufuhr ermöglicht wird.“ Die Dezimierung des Viehbestandes durch die Bauern als Protest gegen die Kollektivierung habe eine dauernde Fleisch- und Fettkrise verursacht.

Angeichts dieser Feststellungen wird es den zu wählenden Delegierten schwer fallen, eine ansiehbige Pause für das bolschewistische Regime zu schlagen.



**Der Fenster als Lebensretter.** In einem Gerichtsgebäude in Budapest erkläre der 30jährige Privatbeamte Josef Hanocgy, erstattete gegen sich selbst eine schwerwiegende Verleumdungsanzeige und verlangte seine sofortige strenge Bestrafung. Als ihm mitgeteilt wurde, daß seinem Wunsche nicht sofort entsprochen werden könnte, zog Hanocgy ein scharf geschliffenes Messer und wollte es sich in die Brust stoßen. Zufällig kam der staatliche Fenster Paul Balacz ins Zimmer und entriß dem offenbar geistig gestörten Selbstmordkandidaten das Messer.

**Ein Gedächtnisbild als Nordbeweis.** In einem eigenartigen Mittel, einen Körper zu überführen, haben die Mailänder Behörden ihre Zuflucht genommen. Ein Buchdrucker mit Namen D'Amico steht dort unter dem Verdacht, die Besitzerin einer Tabaktrafik ermordet und beraubt zu haben. Man hat am Arme des Verdächtigen eine Wundwunde gefunden, die einen deutlichen Abdruck der Zähne aufweist. D'Amico erklärte diese Wunde als von einem Biß herkommend, den ihm ein Bekannter in einem Streite zugefügt hätte. Man hat nun einen Gipsabdruck des Gebisses der Ermordeten und einen solchen der Zähne des Bekannten anfertigen lassen, und siehe da, die Zähne der Ermordeten passen genau in die Wunden, und die des andern passen nicht. Man nimmt an, daß der Mann angefaßt dieses Beweises sein Zeugnis aufgeben und ein Geständnis ablegen wird.

## Die Brauindustrie auf der Hygieneausstellung.

Alle Ausstellungen und Messen sind von großem volkswirtschaftlichen Werte. Sie steigern die Nachfrage nach Gütern und befeuern Markt und Produktion. Warenausstellungen erwecken Konsumbereitschaft. Sie fördern nicht nur die industrielle Produktion, sie werben für die Güte der Erzeugnisse, sie geben Anregung, Belehrung und Vorbild. Die Warenausstellung steht im Dienste der Großindustrie, des Großhandels und der Fabrikanten.

Die Hygieneausstellung in Dresden trägt gemischten Charakter. Als eine Spezialausstellung gedacht, kann sie sich doch des Warenverkaufs nicht entäußern und hat Ausstellungsinhalt in sich aufgenommen, der zu dem engumschriebenen Stoffgebiete, der Hygiene, in einem sehr weit entfernten Verwandtschaftsverhältnis steht. Doch herrscht die volkserzieherische Tendenz vor. Die Hygieneausstellung verfolgt somit zwei Ziele: hygienische Volksbelehrung durch die wissenschaftliche Forschung und Aufzeigen des innigen Zusammenarbeitens von Wissenschaft und Industrie. Sie gibt daher einen Ueberblick über alle Maßnahmen und Forschungsergebnisse auf dem Gebiete der Gesundheitslehre. Mit Hilfe neuzeitlicher Darstellungsmethoden macht sie auf die schweren sozialen Schäden aufmerksam, die aus der Nichtbeachtung der hygienischen Lehren der Menschheit entstehen. Sie will nicht allein der Gesundheit des einzelnen dienen, sie will mit-helfen, die künftige Generation bei voller Gesundheit zu erziehen, sie will, daß den Krankheiten vorgebeugt wird und daß der Nachwuchs frei von Schäden bleibt. Von der allgemeinen Körperpflege ausgehend, rüst sie die Defensivkräfte zum Schutze des Kindes, der Jugendlichen, der Frauen und Mütter auf, zeigt sie die Hygiene der Wohnung, der Kleidung, weist sie auf gesundheitliche Einrichtungen der menschlichen Siedlungen hin, erläutert die zweckmäßige Ernährung, belehrt die Besucher über den Wert der Leibesübungen und über die Verminderung der Berufsschäden durch die Arbeits- und Gewerbehygiene. Die Sinnwidrigkeit von Natur und Gesellschaft soll durch sinnvolles Zusammenwirken aufgehoben werden.

Aber die Hygieniker zeigen nur, wie es sein soll. Legt man an die Ausstellung den Maßstab der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit, dann wird erst recht die Inkultur unserer Zeit, die in der kapitalistischen Wirtschaftsform ihre Hauptursachen hat, sichtbar. Daher sehen wohl auch die Feuilletonisten aller Lager nur das Oberflächliche und schreiben lieber ihre Eindrücke von der Villiputbahn, vom Kugelhans und von der Straße mit den hundert Brunnen nieder, weil ihnen das Entsetzliche, das da aus dem Gewirre der statistischen Tabellen schreit, zu unangenehm und zu schreckhaft ist und nicht in den Rahmen ihres Feuilletons paßt.

Dem Ausstellungszweck soll alles untergeordnet sein, was ausgestellt wird. Das hemmt die Willkür und die Ueberschreibungen. Daran hält sich jedoch die deutsche Brauindustrie nicht. Sie proht auf der Hygieneausstellung. Und das Braukapital versteht seine Klame. Es benützt die Ausstellung, um nachzuweisen, daß das Bier ein Volksgetränk sei und dem Volke nicht genommen werden darf; ferner, daß es große Nährwerte enthält und daß die Alkoholbekämpfung für die Volkswirtschaft schädlich sei. Die Brauindustrie legt Wert darauf darzustellen, wie das Bier hygienisch einwandfrei erzeugt, aufbewahrt und ausgeschenkt wird. Sie zeigt in großer Aufmachung die technischen Einrichtungen zur Gefährreinigung und die Mechanik des Bierabfüllens in Flaschen. Sie stellt den Mann der Wissenschaft in ihren Dienst. Davon zeugen Plakate, Tabellen, Broschüren. Der Geschichtsforscher muß ihr nachweisen, daß das Bier das Volksgetränk seit acht Jahrtausenden ist. Der Filmfachmann dreht den Film „Von Halm bis zum Glafe“. Deutsche Dichter und Philosophen müssen das Erzeugnis der Aktienbrauereien preisen. Goethe, Schiller und Lessing wurden hierzu bestimmt. Sie läßt den Sportler und den

## 2 Ratschläge

### für die Schönheitspflege auf der Reise

**1. Zur natürlichen Bräunung der Haut fette man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhaftes Rötung eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Leodor, Tube 5.— K6 und 8.— K6, Leodor-Edel-Soife 6.— K6. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.**

**2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpasta Chlorodont, die auch an den Seitenflächen, mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen eiseneigenartigen Glanz erzeugt. Chlorodont-Zahnpasta, Tube 4.— K6 und 6.— K6. Chlorodont-Zahnbürste für Damen 7.— K6, für Herren 8.— K6, für Kinder 5.— K6. Chlorodont-Mundwasser 8.— und 16.— K6.**

Steuersachmann sprechen. Sie macht sich den Mathematiker, den Arzt und den Ernährungshygieniker untertan. So schreibt ein Sanitätsrat Dr. Bergman über „Bier und Gesundheit“, ein Dr. Haydud über „Alkohol in Zahlen“ und über „Die Brauerei, eine Musterstätte hygienischer Arbeit“, ein Dr. Julius Schlein lobt in einer Schrift die Bierhefe als Vitaminquelle. In einer Broschüre wird gegen das Alkoholverbot in Amerika gewettert. „Es geht um das amerikanische Volkstum; es ist der Kampf zur Befreiung der Halunken, die in Amerika die Freiheit vernichtet haben, derer sich die Bürger einst rühmten.“ Diese Schriften werden dem Ausstellungsbesucher geschenkt. Man rechnet noch immer mit der Dummheit des Volkes. Ein Plakat ruft den Arbeiter auf den Kampfplatz: „Roch heißer Arbeit, dein süßes Bier!“ Und so läßt es sich das Alkoholkapital schon etwas kosten, die Ausstellungsbesucher auf seine Seite zu bringen. Es hat damit zwar seine Rechnung mit dem Wirte, aber nicht mit der wirklichen Wissenschaft gemacht. Denn darum geht der Streit nicht, ob man Bier hygienisch einwandfrei herstellen kann. Daran zweifelt niemand. Aber daß der Alkohol kein Nahrungsmittel, sondern ein Gift ist, das einzige trinkbare Narkotikum, darum geht es. Und darum, daß diese Alkoholfut von Jahr zu Jahr steigt und die Gesundheit des Volkes nimmt, wodurch die Volkswirtschaft belastet und das Volkseinkommen vermindert wird.

Die Tatsachen verschweigen die Brauer. Sie werden in den übrigen Abteilungen der Ausstellung an verschiedenen Stellen den Besuchern vermittelt. So gibt es eine Gruppe „Die Be-

kämpfung des Alkoholismus“ in der Ausföhlung der Reichsregierung. Die Abteilung Geschlechtskrankheiten erzählt auch davon und in der Abteilung „Gesundes Seelenleben“ gibt eine Sonderschau furchtbare Einblicke in das Elend, das der Alkohol anrichtet. Nur ein paar Zahlen: In Deutschland werden alle 5 Minuten 40.000 Mark vertrunken. Für 40.000 Mark kann man zwei Ziehlungshäuser bauen. Die Ausgaben für Alkohol betragen in Deutschland mehr als ein Zehntel des produktiven Volkseinkommens. Für Schulen werden ausgegeben: 1,5 Milliarden, für Tabak 2,7 und für Alkohol 4,7 Milliarden Mark. Was noch an vielen wissenschaftlichen Beweisen vorhanden ist, das kann die Brauindustrie mit ihrer Klame und ihrer Scheinwissenschaft nicht entkräften. Was in der kleinen Sonderschau gezeigt wird, das hat kein Goethe und kein Schiller geschrieben und kein Moriz Kndt besungen, das ist die soziale Wirklichkeit mit dem Schandmal des Alkoholismus, das ist das große Schuldbuch des Alkoholkapitals. Wer sehend durch die Ausstellung geht, der wird empört sein von der Aufdringlichkeit der Brauindustrie, mit der sie sich in einer Hygieneausstellung breit macht. Der denkende Besucher wird durch diese Unbescheidenheit und skrupellose Klame erst recht belehrt werden, der alkoholgeueirischen Bewegung mehr als bisher seine tatkräftigste Unterstützung angedeihen zu lassen.

Es wird die Zeit kommen, wo die Hygiene nicht mehr auf Ausstellungen gezeigt, sondern durch eine Gesundheitswirtschaft im Leben verwirklicht sein wird. Aber man wird sicher noch den Pavillon „Der medizinische Aberglauben“ zeigen, in dem dann die Werbeschriften des Alkoholkapitals über den Nährwert des Bieres als Antidotum ausgestellt sein werden.

Rudolf Rüd.

## Schlußfassung des Internationalen Gewerkschaftskongresses. Neuwahlen. — Für die 44 Stunden-Arbeitswoche.

Stockholm, 12. Juli. (Eigenbericht.) Der letzte Tag des Internationalen Gewerkschaftskongresses nahm die Berichte der Kommissionen entgegen, die sich mit dem sozialpolitischen Programm des Bundes, dem Wirtschaftsprogramm und mit dem Kampf um den Weltfrieden zu beschäftigen hatten. Namens der sozialpolitischen Kommission legte Mertens-Belgien Richtlinien und eine

### Resolution zur Verkürzung der Arbeitszeit

vor, die vom Kongreß einstimmig angenommen wurden. Dieser überaus wichtige und bedeutungsvolle Beschluß, der eine internationale Aktion für die baldige Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden wöchentlich in Aussicht nimmt, hat folgenden Wortlaut:

Der vom 5. bis 11. Juli in Stockholm abgehaltene 5. Ordentliche Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatte sich mit der Beförderung und Prüfung eines sozialpolitischen Programmes zu befassen, das der vom I. G. B. zu führenden Aktion zugrunde gelegt werden soll. Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Arbeitszeitfrage von so großer Wichtigkeit ist, daß sie eine spezielle und sofortige Behandlung verdient. In diesem Zusammenhang erinnert der Kongreß an die den Arbeitern während des Krieges der Jahre 1914 bis 18 in schwierigen Stunden gemachten und von vielen Regierungen nicht gehaltenen feierlichen Versprechen. Er weist auf die Hoffnungen hin, die in der Arbeiterklasse durch die Annahme des

Washingtoner Uebereinkommens geweckt wurden, das die Dauer der Arbeitszeit auf 8 Stunden per Tag und 48 Stunden pro Woche festlegte. Mit Entrüstung stellt der Kongreß fest, daß dieses seit mehr als 10 Jahren angenommene Uebereinkommen erst von einigen kleinen Ländern bestätigt worden ist. Die meisten der wichtigsten Staaten haben die Ratifizierung bisher unterlassen. Anstatt daß die Vorteile seiner Bestimmungen ohne Unterschied auf alle Arbeiter ausgedehnt und der vorgesehene Schutz erweitert wurde, war das Uebereinkommen während dieser ganzen Zeit dauernd Gegenstand von Angriffen.

Der Kongreß erinnert andererseits daran, daß infolge der Vervollständigung des Produktionsapparates und der nationalen Entwicklung der Organisation der Arbeit auf der ganzen Welt die Produktion in ihrer Gesamtheit erhöht worden ist. Die dem Arbeiter auferlegte, oft sehr drückende Arbeitslast wird immer größer und führt zu solcher Erschöpfung, daß sie immer mehr Arbeitsunfähigkeit und früheren Tod zur Folge hat. In den meisten Ländern nimmt die Arbeitslosigkeit in besorgniserregendem Maße zu. Und die Arbeitslosen verlangen doch nichts anderes, als durch Arbeit ehrlich für den Unterhalt ihrer Familie sorgen zu können! Selbst

jene Länder, die in den letzten Jahren nicht große Arbeitslosenzahlen zu melden hatten, sind nicht vollständig vor der Arbeitslosigkeit geschützt, sondern müssen sie im Gegenteil dauernd gewärtigen und können jeden Augenblick davon betroffen werden.

Der Kongreß ist deshalb der Ansicht, daß es nötig ist, Maßnahmen ins Auge zu fassen und zu treffen, die geeignet sind, der geschilderten Lage Rechnung zu tragen. Es ist von dringlicher Wichtigkeit,

den Arbeiter gegen die rückwärtsgehende Ausbeutung zu schützen, deren Opfer er mehr und mehr wird.

Er darf nicht, wie dies zur Zeit allzuoft der Fall ist, der Arbeitslosigkeit ausgeliefert und dazu verurteilt werden, mit seiner Familie schuldlos ins tiefste Elend zu geraten.

Aus all den angeführten Gründen stellt sich die Verkürzung der Arbeitszeit als unbedingte Notwendigkeit dar.

Der Kongreß ist gewiß, den Gefühlen und Wünschen der Arbeitermassen Ausdruck zu geben, die allein die verhängnisvollen Folgen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu tragen haben. Er spricht sich

für die baldmöglichste Einführung der 44-Stundenwoche als Etappe zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit aus und hält die Forderung für berechtigt, daß die Vorteile der 44-Stundenwoche auf alle Hand- und Kopfarbeiter ausgedehnt werden, ohne Unterschied des Geschlechtes, der Rasse und der Nationalität und gleichviel, ob es sich um freie und unabhängige Länder, dem Internationalen Arbeitsamt angehörende oder nicht angehörende Staaten oder um Gebiete handelt, die aus Grund eines Beschlusses des Völkerverbundes Mandatsgebiete sind.

Damit dieser Beschluß so bald als möglich durchgeführt werden kann, beschließt der Kongreß, daß der I. G. B. in der ganzen Welt eine Kampagne einzuleiten soll.

Die angeschlossenen Organisationen haben die Pflicht, mit allen ihren Kräften bei dieser Aktion mitzuwirken.

Der Kongreß beauftragt den Vorstand des I. G. B. diese Kampagne zu organisieren und zu leiten sowie die nötigen Maßnahmen ins Auge zu fassen und durchzuführen; er soll gegebenenfalls zu diesem Zwecke eine besondere Sitzung des Ausschusses des I. G. B. einberufen.

Der Kongreß fordert die Arbeiter der ganzen Welt aus, den I. G. B. in seinen Anstrengungen für die Einführung einer kürzeren Arbeitswoche und die Verkürzung des Tages der Arbeitermassen zu unterstützen.

Genosse Eggert-Berlin begründet dann das von der Kommission für Wirtschaftspolitik ausgearbeitete

## Wirtschaftsprogramm.

Darin spricht sich der Kongreß gegen jedwede wirtschaftliche Abberungsmassnahmen aus. Der Anschauung eines polnischen Delegierten, daß man die Möglichkeit zulassen solle, das eigene Land zu schätzen, insbesondere wenn es die Erhaltung sozialer Errungenschaften betreffe, trat Joubaux entgegen. Er erklärt, es gebe für die Gewerkschaften nur den Grundfatz, für die Politik der offenen Tür und gegen die Politik der geschlossenen Tür einzutreten, das heißt für die Beseitigung der Zollschranken zu arbeiten.

Zum Bericht der Kommission über die Frage der

### Bekämpfung des Krieges und Sicherung des Friedens.

den Genosse Joubaux erstattete, verlangte Joubaux (Transportarbeiter-Internationale) einen schärferen Kampf gegen die Kriegsgefahr. Die Transportarbeiter seien zu praktischen Aktionen für den Frieden immer bereit. Es kommt dabei zu eintigen Auseinandersetzungen zwischen Joubaux und Joubaux. Die vorgelegte Entschlieung wird schließlich unter Beifallsstundgebungen einstimmig angenommen. Sie sagt:

„Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die Lösung

#### „Krieg dem Kriege“

aufgestellt. Er macht sich die von den Regierungen abgegebenen Erklärungen zu eigen, die den Krieg außerhalb des Gebietes stellen und ihn als internationales Verbrechen bezeichnen. Er hält sie für eine geeignete Grundlage einer immer kräftigeren Aktion gegen die Kriegsgefahren sowie die offenen und geheimen Kriegstreibereien.

Diese Aktion hat folgende Punkte zu umfassen:

1. Sofortige Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen; baldmöglichste Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz durch den Völkerverbund und Abschluß eines ersten Uebereinkommens zur Eindämmung des Rüstungswettlaufes.

2. Kontrolle der Herstellung von Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial sowie Kontrolle des Handels mit Kriegsmaterial. Durchführung einer energischen Aktion gegen die Kapitalisten der Rüstungsindustrie durch Proklamationen, Plakate, Artikel und Versammlungen, um auf diese Weise die von ihnen erzeugten Gefahren aufzudecken und die Widerstände zu brechen, die sie dem Werke des Friedens durch ihre Interessenverbindungen entgegenstellen.

3. Ausbau des obligatorischen Schiedsgerichtes. Aktion der Arbeiter eines jeden Landes zur Erzwingung der Ratifizierung des internationalen Uebereinkommens über das obligatorische Schiedsgerichtswesen durch die Regierungen.

4. Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker. Damit übt die Arbeiterbewegung in allen Ländern auf die Regierungen einen wirksamen und dauernden Druck aus.

5. Die Gewerkschaftsbewegung bleibt im Mittelpunkt der Friedensaktion. Im Kampf gegen Krieg und Militarismus ist die Zusammenarbeit mit der S. N. J. und ihren angeschlossenen Parteien eine unbedingte Notwendigkeit. Die Aktion der Arbeiterklasse muß bei allen Gelegenheiten gefördert werden. Sie ist die einzige Garantie für den Frieden!

Die Bestrebungen der Arbeiter zugunsten des Friedens werden also mit Nachdruck fortgesetzt. Es geht dabei um die direkten Interessen der Arbeiterklasse, um die Hoffnung auf ihre Befreiung, ihren Willen zur Schaffung einer gerechten Gesellschaftsordnung und die Vereitlung des Weges der Menschheit nach einer besseren Zukunft, zu Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Genosse Julavski berichtet über die von der Kommission zum Punkt „Die Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie“ beantragte Resolution. Dazu spricht Joubaux, der ausführt, daß Indien ähnliche Zustände aufweise, wie sie in den Ländern Europas ohne Demokratie bestehen. Er appelliert an die englische Arbeiterpartei und an die englische Arbeiterregierung, für die indischen Arbeiter einzutreten. Auch diese Resolution wird einstimmig angenommen.

In organisatorischer Hinsicht wurden am letzten Kongreßtag noch Beschlüsse hinsichtlich der Befreiung des Postens eines Generalsekretärs getroffen. Falls mehrere Landeszentralen diesbezügliche Vorschläge machen, soll eine Ausschussung einberufen werden. Der nächste Kongreß wird in Brüssel stattfinden und nicht, wie ursprünglich beantragt, in London. Die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes wurde bereits gemeldet.

Unmittelbar vor Schluß des Kongresses traf aus Wien die Nachricht vom Ableben des Genossen Franz Domes ein. Der Vorsitzende Joubaux hielt ihm einen warm empfundenen Nachruf, worin er die Verdienste des Verstorbenen um die Arbeiterbewegung schilderte und sein Wirken als vorbildlich bezeichnete.

Dem abtretenden Generalsekretär Genossen Saffensbach bereitete der Kongreß eine Dankensundebung für seine erfolgreiche Arbeit im Dienste der Gewerkschafts-Internationale. Dann hielt Genosse Joubaux die Schlußrede, in der er auf den Beschluß, den Sitz der Internationale nach Berlin zu verlegen, zu sprechen kam und betonte, daß der Kongreß damit nichts anderes bezweckt habe, als die gewerkschaftliche Internationale auf eine bessere Grundlage zu stellen. Mit dem Gesang der „Internationale“ schließt der fünfte Internationale Gewerkschaftskongreß in vollster Einmütigkeit.

